Abend-Ausgabe

75. Jahrgang. Nr. 392 — Freitag, 21. August 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 RM. (einschließlich 80 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 RM. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 36 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 100 Pfg., außerhalb 150 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Freimonatige Aufträge nach Preisliste

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden, Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Hoover bremst

Aufrollung der Schuldenfrage aus Wahlrücksichten unerwünscht

London, 21. Aug. Der Washingtoner Korrespondent der „Times" berichtet, daß jede Meldung über eine bevorstehende Internationale Konferenz zur Regelung der Kriegsschulden und Reparationen als verfrüht anzusehen sei. Die Absichten Hoovers sowohl in außenpolitischen wie innerpolitischen Fragen wären vorläufig nur im Profil zu erkennen und er warte so lange, wie er aus Gründen der Sicherheit tun könne, bis er sie mit aller Offenheit seinem Lande zeigen könne. Auch mit der Frage der Kriegsschulden und der mit ihnen innig verbundenen Reparationen müsse sich der Präsident soviel Zeit wie möglich lassen. In Anbetracht der bevorstehenden Präsidentenwahlen würde es der Höhepunkt der Ungeschicklichkeit sein, irgendeinen entscheidenden Schritt zu unternehmen, ohne sich vorher über die zu erwartende Aufnahme bei der amerikanischen Oeffentlichkeit genau orientiert zu haben. Es sei von ausschlaggebender Bedeutung, sich immer wieder daran zu erinnern, daß sich sowohl Hoover wie die Republikanische Partei augenblicklich in der Defensive befinden, mehr vielleicht durch das Zusammentreffen verschiedener ungünstiger Ereignisse als durch ihre eigene Schuld. Sollten Hoovers innerpolitische Pläne bezüglich der Schaffung einer Arbeitslosenhilfe sich als Fehlschlag erweisen, so würde er nur noch mehr in die Verteidigung gedrängt werden und seine Autorität in anderen Richtungen Schaden leiden. Der kommende Winter würde zeigen, mit welchen Mitteln und mit welchem Erfolg die amerikanische Regierung diejenigen Pläne Hoovers auszuführen in der Lage sei, die er hege, die er aber noch nicht bekanntgeben könne.

Die Londoner Berichte, wonach die englische Regierung eine baldige Initiative Hoovers in der Revisionsfrage erwarte, werden auch von amtlichen Washingtoner Stellen mit betontem Nachdruck als unbegründet gekennzeichnet. In manchen Regierungskreisen macht sich über die Beeinflussungsversuche der englischen Presse geradezu offener Unwille bemerkbar.

Die Möglichkeit, daß Macdonald versucht habe, Hoover durch Vermittlung des Staatssekretärs Stimson zur Einberufung einer internationalen Revisionskonferenz zu veranlassen, wird in Washington nicht bestritten,

obwohl ein entsprechender Bericht des Staatssekretärs nicht vorzuliegen scheint. **Jedoch erklärt man, daß eine derartige Anregung des englischen Ministerpräsidenten entweder keine oder eine abschlägige Antwort erfahren habe.**

Der Neuyorker Bankierausschuß hat sich bisher zu den Vorschlägen des Wiggin-Ausschusses nicht geäußert, jedoch verlautet mit Bestimmtheit, daß die hiesige Finanzwelt keinen Widerspruch gegen die grundlegenden Empfehlungen des Baseler Gremiums erheben werde. In der Presse hat der Layton-Bericht des Wiggin-Ausschusses fast durchweg eine beifällige Aufnahme gefunden. Die „New York Times" bezeichnet den Bericht als einen Auftakt für weitere internationale Konferenzen mit offiziellem Charakter.

„Daily Herald" mahnt zur Eile

London, 21. August. „Daily Herald" spricht in einem Leitartikel die Mahnung aus, über der britischen Budgetkrise nicht die internationalen Probleme zu vergessen. Das Blatt schreibt: Noch bevor die Frist zu Ende geht, für die Deutschland die kurzfristigen Darlehen gewährleistet sind, muß das Problem der Schulden und der Reparationen mit Entschlossenheit angefaßt werden. Die Welt ist während der deutschen Krise dem Abgrund so nahegekommen, daß sie die Lehre beherzigen sollte. **Europa darf nicht untätig Hilfe von Amerika erwarten. Die Abneigung der Vereinigten Staaten, einer Revision der Schulden vorzukommen, kann nur geändert werden, wenn Europa einen ehrlichen Beweis der Friedfertigkeit bringt.**

Ein russisch-polnischer Neutralitätspakt?

Paris, 21. August. Die „Chicago Tribune" will erfahren haben, daß die in Paris geführten französisch-russischen Verhandlungen Fortschritte gemacht hätten, daß aber in Paris selbst nur ein Abkommen unterzeichnet werden würde, durch das beide Länder sich verpflichten, auf Krieg zu verzichten; jedoch werde das Abkommen durch einen Neutralitätspakt zwischen Rußland und Polen ergänzt werden. Entsprechende Verhandlungen zwischen Warschau und Moskau seien bereits im Gange.

In der nächsten Woche tritt der russische Botschafter in Paris, Dowgalewski, seinen Urlaub an, den er im Kaukasus verbringen wird. Auf der Durchreise durch Moskau wird er im Außenministerium Bericht über die russisch-französischen Verhandlungen über den Abschluß eines russisch-französischen Nichtangriffspaktes erstatten. In eingeweihten Kreisen rechnet man damit, daß bei der kommenden Begegnung zwischen Briand und Litwinow in Genf noch vorhandene Schwierigkeiten behoben werden.

François Poncet Verfasser der Abrüstungsdenkschrift

Paris, 21. Aug. Das „Echo de Paris" setzt sich in einem langen Aufsatz mit der radikalsozialistischen „République" auseinander, der sie eine sehr eigentümliche Haltung in der Frage der französischen Abrüstungsdenkschrift vorwirft. In dem Aufsatz wird festgestellt, daß der hauptsächlichste Bearbeiter dieser Denkschrift, die schon so viel Anlaß zu der verschiedenartigsten Kommentierung gegeben hat, der zukünftige französische Botschafter in Berlin, François Poncet, ist. Er hat nach Mitteilung des Blattes den Vorsitz in dem interministeriellen Ausschuß geführt, in dem unter Hinzuziehung von Vertretern des Außenministeriums und des Kriegsministeriums die Denkschrift ausgearbeitet wurde, die den französischen Standpunkt über die Abrüstung wiedergibt.

Botschafter Poncet hat noch am Donnerstagabend dem Ministerpräsidenten seine Demission als Unterstaatssekretär überreicht, die angenommen wurde. Das Ernennungsdekret erwähnt, daß die Ernennung von Poncet zum Botschafter in Berlin eine zeitlich befristete ist, denn nach der französischen Verfassung können Abgeordnete nur für die Dauer von sechs Monaten mit einer auswärtigen Mission betraut werden. Man glaubt jedoch, daß Poncet sich endgültig der diplomatischen Laufbahn widmen wird und daher binnen kurzem sein Abgeordnetenmandat zur Verfügung stellen wird.

Weitere Belastungen im Baseler Abkommen?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. August. An zuständiger Stelle behauptet man, daß der Wortlaut des Baseler Stillhalteabkommens noch nicht vorliege und daß deshalb über einzelne, höchst bedenkliche Fragen, die durch dieses Abkommen angeschnitten worden sind, noch keine offizielle Meinung geäußert werden könne. Nach weiteren Agenturveröffentlichungen über den Inhalt dieses Abkommens muß jetzt angenommen werden, daß bei dem Stillhalteabkommen die Auslandskredite der Länder und Gemeinden nicht einbegriffen sind. Es handelt sich, wie wir hören, um einen Betrag von 350 Millionen kurzfristigen Auslandskredits. Angeblich soll man sich in Basel dahin geeinigt haben, Länder und Gemeinden auf den Weg persönlicher Verhandlungen mit den Gläubigern zu verweisen. Auf die Frage, ob sich das Stillhaltekonsortium seine Zusagen durch eine weitere Zinserhöhung habe bezahlen lassen, ist auch noch keine amtliche Auskunft zu erhalten. Es verlautet jedoch von anderer Seite mit größter Bestimmtheit, daß sich unsere Auslandsgläubiger ihr Stillhalten noch mit einem Zinsaufschlag von 2 bis 3 Proz. pro Anno bezahlen lassen wollen. Es wäre wünschenswert, daß die amtlichen Stellen, die nun doch längst im Besitze des Wortlauts der Vereinbarungen sein müssen, diese Vereinbarungen auch alsbald der Oeffentlichkeit zugänglich machen, denn es hat den Anschein, daß das an sich schon ungünstige Bild über das Abkommen noch weit ungünstiger wird, wenn man erst einmal das Vertragswerk im Wortlaut studiert hat.

Der Hintergrund der preußischen Reformvorschläge

Ein Referentenentwurf des Reichsinnenministeriums

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. August. Die Veröffentlichung der preußischen Vorschläge zur Reichsreform durch den preußischen Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff ist im Reichsinnenministerium höchst unangenehm empfunden worden. Man läßt dort erklären, daß man diese Veröffentlichung bedaure. Es handele sich lediglich um einen Referentenentwurf. Nach dem Beschluß der Länderkonferenz sei es Aufgabe der Verfassungsabteilung des Reichsministeriums des Innern gewesen, die Beschlüsse dieser Konferenz in Gesetzentwürfe umzuformen. Diese Gesetzentwürfe lägen jetzt vor, doch habe sich weder der Reichsminister des Innern, noch das Kabinett mit ihnen offiziell befaßt.

Im übrigen wird erklärt, daß der angezogene Aufsatz des preußischen Finanzministers den Inhalt dieses Referentenentwurfs im wesentlichen richtig wiedergibt.

Im Hinblick auf die Bezugnahme Dr. Höpker-Aschoffs auf die Möglichkeit, die Reichsreform auf dem Wege des Artikels 48 vorwärtszubringen, wird preußischerseits erklärt, daß es sich hierbei um eine private Aeußerung des Finanzministers handle.

Einberufung des Preußischen Landtags beantragt

Berlin, 21. August. Die deutschnationale und die nationalsozialistische Fraktion des Preußischen Landtages haben folgenden Antrag eingebracht: Nach Pressemeldungen hat der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff dem Reichsminister des Innern einen Gesetzentwurf eingereicht, der in seinen Grundgedanken die Zerschlagung Preußens bedeutet. Gleichzeitig ist bekannt geworden, daß der Vorschlag die Durchführung dieses Gesetzentwurfs mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung vorsieht. Angesichts der daraus erwachsenden Gefahr für die Existenz Preußens beantragen wir die sofortige Einberufung des Preußischen Landtages.

Die Mittelstandsvertreter beim Reichskanzler

Berlin, 21. August. Reichskanzler Dr. Brüning hält heute die vor einigen Tagen angekündigten Besprechungen mit den Vertretern des Mittelstandes ab. Heute mittag empfing der Kanzler den Vorsitzenden des Verbandes deutscher Hausbesitzervereine, Humar, und Dr. Meuch als Vertreter des Handwerks. Am Nachmittag werden die Besprechungen mit dem Empfang von Dr. Tiburtius als Vertreter des Einzelhandels fortgeführt.

Kompromiß im Gemeindearbeiterkonflikt?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. August. Im Hinblick auf die am Freitagnachmittag fällige Entscheidung über die Herabsetzung der Bezüge der Gemeindearbeiter und -angestellten wird von unterrichteter Stelle darauf hingewiesen, daß die Notverordnung vom 5. Juni den Passus enthält, daß die Bezüge der Gemeindearbeiter und -angestellten „ab 1. Oktober" auf das Niveau der Bezüge der entsprechenden Kategorien der Reichsarbeiter und -angestellten zurückzuführen sei. Diesem Hinweis ist zu entnehmen, auf welcher Grundlage das Kompromiß heute vermutlich zustande kommen wird. Man legt nämlich die Notverordnung so aus, daß die Herabsetzung der Bezüge nicht schon am 1. Oktober erfolgt sein müsse, sondern daß eine prozentuale Abstufung der Abbauquoten auf mehrere Monate ausgedehnt werden kann. Vermutlich wird ab 1. Oktober zunächst eine Kürzung um 4 Prozent und ab 1. April n. J. eine weitere um 2 Prozent eintreten.

Der Bremer Bürgerschaftspräsident beurlaubt

Bremen, 21. Aug. Der Parteivorstand und Fraktionsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Bremens haben dem Ersuchen des Präsidenten der Bürgerschaft, Osterloh, bis zur endgültigen Klärung der gegen ihn gerichteten Angriffe sein Amt als Bürgerschaftspräsident ruhen zu lassen, zugestimmt. Zweifellos ist dieser Entschluß des Präsidenten der bremischen Bürgerschaft, dessen Name im Zusammenhang mit den Vorgängen beim Beamtenbankzusammenbruch in mehr als peinlichen Verbindungen genannt wurde — es verlautet, daß Osterloh von der Beamtenbank für seine Tätigkeit außer seinen üblichen Bezügen ein Aktienpaket von 10 000 RM. zur Verfügung gestellt erhalten hat —, unter dem Druck der öffentlichen Meinung gefaßt worden. In verschiedenen öffentlichen Versammlungen war der Rücktritt des Bürgerschaftspräsidenten gefordert worden. Es bleibt jedoch die Tatsache bestehen, daß Osterloh auch noch jetzt Präsident der bremischen Bürgerschaft ist.

Um den letzten deutschen Kriegsgefangenen

Straßburg, 21. August. In dem Fall des vor zehn Jahren von einem französischen Kriegsgericht zu lebenslänglicher Verschickung verurteilten Elsässers Schwartz ist endlich ein entscheidender Fortschritt zu verzeichnen. Alle Bemühungen zur Befreiung des zweifellos unschuldig Verurteilten, der als letzter deutscher Kriegsgefangener in der französischen Verbrecherkolonie Cayenne festgehalten wird, scheiterten bisher daran, daß Frankreich die deutsche Staatsangehörigkeit des Schwartz nicht anerkannte und daher sein Verhalten als deutscher Soldat im Kriege als Hochverrat gegenüber seinem französischen Vaterland betrachtete. Nunmehr meldet das französische „Journal officiel", daß durch ein Dekret Schwartz „ermächtigt wird, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bewahren". Damit ist die Hoffnung gegeben, daß der seit Februar 1910 gefangene Elsässer in nächster Zeit zu seiner in Deutschland wohnenden Familie wird zurückkehren können.

Tödlicher Absturz im Himalaja

München, 21. August. Nach einem Bericht des Leiters der Deutschen Himalaja-Expedition, Paul Bauer, an die „Münchner Neueste Nachrichten" ist die Kangschendzonga-Expedition von einem schweren Unfall betroffen worden. Als eine größere Abteilung unterwegs war, um das Lager 3 auf dem Nordostsporn in einer Höhe von 6200 Meter aufzuschlagen, stürzte der 25 Jahre alte Münchner Student der Technischen Hochschule, Hermann Schaller, einer der bekanntesten Münchner Alpinisten, mit einem Träger tödlich ab. Die Leiche wurde von den Expeditionsteilnehmern auf einer Felseninsel, die sich aus einem Meer von Eis erhob, in einer Höhe von 5400 Meter beigesetzt.

Der Student Hermann Schaller war schon seit vielen Jahren ein begeisterter Bergsteiger und hatte im Karwendel, im Wilden Kaiser, in den Dolomiten und auch in den Westalpen schwere und schwerste Besteigungen ausgeführt. Mit Rücksicht auf diese hochalpinen Leistungen war ihm die Ehre zuteil geworden, an der zweiten deutschen Himalaja-Expedition teilzunehmen.